

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses  
Jugendhilfeplanung am 20.01.2015**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Raum 113  
Marktplatz 2  
06110 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 17.57Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Vorsitzender  
Uwe Kramer

Freier Träger

Sylvia Plättner  
Clemens Raudith

Freier Träger  
Freier Träger

Vertreter für Frau  
Köferstein

Petra Tomczyk-Radji

Fraktion CDU/FDP

Vertreterin für Frau  
Wießner

Ute Haupt  
Klaus Hopfgarten  
Sabine Wolff

Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI  
SPD-Fraktion  
Fraktion MitBÜRGER für Halle-  
NEUES FORUM

Katharina Brederlow  
Christian Deckert  
Beate Erfurth  
Annett Fritzsche

Fachbereichsleiterin FB Bildung  
Jugendhilfeplaner  
KITA-Planerin  
Sozialplanerin

**Entschuldigt fehlen:**

Kerstin Köferstein  
Heike Wießner  
Dr. Inés Brock

Freier Träger  
Fraktion CDU/FDP  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Kramer** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Kramer** stellte die Tagesordnung fest. Diese wurde ohne Änderungen **einstimmig beschlossen**.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 10.12.2014
4. Einstieg/Kernaussagen zur Jugendhilfeplanung §§ 11 ff SGB VIII
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
  - 7.1. Stand Beratungsstellenplanung
  - 7.2. Übersicht Förderung nach § 5 Förderrichtlinie
8. Themenspeicher
9. Beantwortung von mündliche Anfragen
10. Anregungen

**Frau Wolff** übte Kritik daran, dass es keine Unterlagen zur Sitzung gab.

**Herr Deckert** erläuterte, dass die heute vorzustellenden Informationen Arbeitsstände sind und keine Beschlussvorlage. Es wird zum TOP 4 Ergänzungen, Änderungen etc. noch geben. Die Präsentation erhalten die Mitglieder noch zugesendet.

### zu 3      **Genehmigung der Niederschrift vom 10.12.2014**

---

**Herr Kramer** sprach kurz an, dass zur letzten Sitzung abgesprochen worden ist, dass die Niederschriften den wesentlichen Inhalt der Sitzung enthalten sollen, d.h. Festlegungen und Verabredungen und wesentliche Diskussionspunkte. Damit hatten sich die Mitglieder einverstanden erklärt. Heute liegt eine Niederschrift in dieser verkürzten Form vor.

Der öffentlichen Niederschrift vom 10.12.2014 wurde **einstimmig zugestimmt**.

### zu 4      **Einstieg/Kernaussagen zur Jugendhilfeplanung §§ 11 ff SGB VIII**

---

**Herr Deckert** erläuterte anhand einer Präsentation die Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale), hier den Teilplan: Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz und die Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie. Er ging zuerst auf die Bestandserhebung ein. Er sagte zu, dass die Präsentation den Mitgliedern zugesendet wird. Er wies auch darauf hin, dass das Arbeitspapier noch in der weiteren Überarbeitung ist. Er ging entsprechend des Gliederungsplanes auf die einzelnen Punkte der Jugendhilfeplanung ein. Unter dem Punkt 9 erläuterte er die Prioritätensetzung ab dem Jahr 2016.

**Frau Haupt** fragte an, ob Prioritätensetzung heißt, was an Angeboten wichtig ist und nicht der finanzielle Rahmen.

**Herr Deckert** antwortete, dass der Bedarf festgestellt wird. Es wird keine Jugendhilfeplanung geben, die völlig losgelöst von fiskalischen Betrachtungen ist.

**Herr Kramer** fragte nach der Definition zu Migration und bat diese als Fußnote dazu zu setzen.

**Herr Deckert** antwortete, dass die bundesweite Definition dafür ist: „Alle Menschen, die nach 1959 hier eingewandert sind“.

**Frau Plättner** fragte, wo die Zahlen der Flüchtlinge hier erfasst werden. Unterliegen die Kinder von Flüchtlingen der Schulpflicht?

**Herr Deckert** antwortete, dass dies schwierig ist, im Lauf der Zeit werden diese statistisch erfassbar sein. Die Zahl der Migranten ist steigend. Die Schulpflicht besteht für deren Kinder in Deutschland.

**Frau Tomczyk-Radji** fragte nach der Datenquelle zu der demografischen Entwicklung und ob schulpflichtige Kinder von Migranten/Zuwanderern erfasst werden.

**Herr Deckert** antwortete, dass die Datenquelle die 5. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Landes ist. Schulpflichtige Kinder sind automatisch erfasst.

**Herr Deckert** ging einzeln auf die Sozialräume I bis V und sozialraumübergreifend ein.

**Frau Wolff** fragte an, ob die Anregungen/Ideen aus den Berichten der Sozialraumgruppen, die regelmäßig an die Verwaltung gehen, hier in der Jugendhilfeplanung eine Rolle spielen.

**Herr Deckert** bejahte dies. Es wurden auch fachlich inhaltliche Dinge mit den Trägern diskutiert.

**Frau Wolff** fragte an, ob die Zahlen der Migranten aktuell sind.

**Herr Deckert** antwortete, dass er diese Zahlen vom Einwohnermeldeamt hat. Dies sind Personen, die keinen deutschen Pass haben.

**Frau Wolff** fragte beim Sozialraum V an, warum das DRK das Projekt aus 2014 an die Villa Jühling abgegeben hat.

**Herr Deckert** antwortete, dass das DRK keinen Antrag mehr dazu eingereicht hat. Dies liegt in der Hoheit des Trägers. Mit der Sozialraumgruppe V fand ein Gespräch statt und der Villa Jühling e.V. hat das Angebot übernommen.

**Frau Plättner** fragte an, ob die Entwicklungen Flüchtlinge in den Sozialräumen bei der Jugendhilfeplanung relevant sind.

**Herr Deckert** bejahte dies und wies darauf hin, dass dazu im Bereich Familienarbeit bereits etwas enthalten ist.

**Herr Raudith** bat um eine Darstellung der Träger im § 11 und § 16 im Vergleich.

**Herr Kramer** fragte beim § 13 an, ob die Darstellung zu Streetwork der aktuelle Stellenplan ist und es demzufolge heißt, dass diese dann außerhalb oder bei einem freien Träger angesiedelt werden?

**Frau Brederlow** antwortete, dass dies angeschaut werden muss, wie es weitergeht.

**Herr Kramer** bat abschließend zur Vorstellung die Mitglieder darum, sich auf die nächste Sitzung vorzubereiten, da die Thematik wieder auf der Tagesordnung stehen wird. Wenn Mitglieder dazu etwas haben, bitte vorab der Sitzung an die Verwaltung geben.

## **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

## **zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## zu 7      **Mitteilungen**

---

### zu 7.1      **Stand Beratungsstellenplanung**

---

**Frau Fritzsche** informierte zum Stand der Beratungsstellenplanung (im Rahmen des neuen FamBeFöG). Bis zum 31.10.2015 muss diese beim Land vorliegen. Deshalb müssen bis Mai 2015 die Planungen stehen, damit die weitere Zeitschiene nicht gefährdet ist und die Abstimmungen auf verschiedenen Ebenen laufen können. Es erfolgt dazu auch eine Rückkopplung mit dem Saalekreis, damit die Planungen aufeinander abgestimmt sind. Das Daten- und Zahlenmaterial wird zusammengestellt und die Information der Gremien erfolgt dann. Es gibt keine Vorgaben des Landes, wie diese Planung auszusehen hat.

**Herr Kramer** fragte nach einem möglichen Termin zur Vorstellung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung und im Jugendhilfeausschuss.

**Frau Fritzsche** antwortete, dass der Bericht Ende April stehen muss. Im März liegt die Jahresstatistik der Beratungsstellen vor, im April findet ein Termin mit den jeweiligen Trägern statt. Sie geht davon aus, dass dies im Jugendhilfeausschuss und Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss im Juni 2015 vorliegen wird. Demzufolge muss es vorab in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Es wurde sich letztlich auf den Termin am 19.Mai 2015 im UA JHPL geeinigt.

**Frau Wolff** fragte an, ob dies dem Antrag ihrer Fraktion zur Strategischen Sozialplanung entspricht.

**Frau Brederlow** antwortete, dass dies dort mit einfließt.

### zu 7.2      **Übersicht Förderung nach § 5 Förderrichtlinie**

---

**Herr Deckert** sprach an, dass die Übersicht den Mitgliedern vorliegt. Ein Projekt davon ist über der Fördersumme von 5000 Euro, dieses muss dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

## zu 8      **Themenspeicher**

---

**Herr Kramer** sprach die Themen, die in der nächsten Sitzung anstehen, kurz an. Der Themenspeicher lag den Mitgliedern vor.

**zu 9      Beantwortung von mündliche Anfragen**

---

**Herr Kramer** erinnerte an die noch offene Beantwortung zu der Stellvertreterwahl im Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

**zu 10      Anregungen**

---

Es gab keine öffentlichen Anregungen.

**Herr Kramer** beendete die Sitzung um 17.57 Uhr.

---

Katharina Brederlow  
Fachbereichsleiterin FB Bildung

---

Uwe Kramer  
Ausschussvorsitzender

---

Uta Rylke  
Protokollführerin